

„Wir führen eine endlose Debatte über die Einwanderung. Das ist eine Frage der Identität, die das Land beantworten muss. Die ganze Schwierigkeit besteht darin, sorgsam die Demagogie, den Hass oder gar das Delirium zu vermeiden. Wir brauchen unbedingt den offenen politischen Diskurs. Doch er muss eine unausweichliche Realität akzeptieren: Die Kinder der Republik sind jetzt unterschiedlicher Herkunft, Farbe und Religion.“

Diese Sätze standen nicht in einer deutschen Zeitung – sie sind den *Dernières Nouvelles d'Alsace* vom 25. April 2006 entnommen. Sie sind auf Frankreich gemünzt; aber sie umreißen präzise auch die deutsche Problematik. Deutschland ist ein Einwanderungsland geworden – aber die Kriterien der Einbürgerung sind bis zur Stunde ziemlich allgemein und unscharf. Gefordert werden von den Neubürgern Integration in unsere Gesellschaft, Verständnis für unsere Kultur – aber das Phänomen der an vielen Orten entstandenen Parallelgesellschaften lässt sich durch Appelle und gutes Zureden nicht auflösen. Man verlangt, dass alle Menschen, die dauerhaft in Deutschland wohnen, die deutsche Sprache beherrschen und auf Deutsch miteinander kommunizieren – aber ist der Kampf um das Deutsche als verbindende Verkehrssprache in den großen Städten und nicht ganz wenigen ihrer Schulen nicht schon lange verloren?

Immerhin: Die vergangenen Monate haben ein wenig Realismus in die öffent-

liche Debatte gebracht. Viele Trugbilder und Selbsttäuschungen sind verschwunden. Den Satz „Deutschland ist kein Einwanderungsland“ kann man ebenso zu den Akten legen wie die fröhliche Erwartung, unterschiedliche Kulturen verschmelzen von selbst und ohne Probleme miteinander. Übrigens: Auch Religionen, das weiß man nicht erst seit dem 11. September 2001, müssen sich nicht in jedem Fall friedlich und kooperativ verhalten; sie können einander auch hassen und befehden, ihr Verhältnis zueinander kann eine Quelle von Unsicherheiten und Störungen sein bis hin zur offenen Zerreißprobe des Gemeinwesens; man denke nur an die Religionskonflikte in der gegenwärtigen Welt von Irland bis Bosnien, von Nigeria bis Sri Lanka.

Vor allem aber: Integration geschieht nicht von selbst. Sie setzt ein hohes Maß wechselseitiger Einfühlung, wechselseitigen Verständnisses voraus, eine Bereitschaft, aufeinander zuzugehen – Tugenden, die unter Menschen „unterschiedlicher Herkunft, Farbe und Religion“ nicht immer selbstverständlich sind. Wenn Integration gelingen soll, dürfen sich die einzelnen Gruppen nicht voneinander abschotten, darf keine die andere zu majorisieren versuchen, müssen alle bereit sein, miteinander zu sprechen, zu verhandeln, sich zu einigen. Die sozialen Unterschiede dürfen nicht übergroß werden. Polizei und Gerichte müssen funktionieren, damit Praktiken der Selbsthilfe nicht einreißen. Auf ein solches Zusammenspiel sind viele Menschen – Einheimische wie aus

anderen Ländern Kommende – noch nicht vorbereitet. Daher kommt es in Gesellschaften mit Menschen unterschiedlicher Herkunft nicht immer zur Zusammenarbeit, oft bleibt es bei einem Nebeneinander – oder es bilden sich Parallelgesellschaften, Ghettos mit sichtbaren oder unsichtbaren Grenzzäunen.

Warum gelingt Integration an der einen Stelle, warum scheitert sie an der anderen? Was kann man tun, um das Verständnis der Eingesessenen für die Zuwanderer, der Zuwanderer für die Eingesessenen zu fördern? Darauf gibt es keine pauschalen Antworten. Man muss die einzelnen Felder untersuchen, in denen die Menschen einander begegnen – Felder, in denen sich Verständnis, Kooperationsbereitschaft, Zusammenarbeit entwickeln können, aber auch Gleichgültigkeit, Abneigung, Hass.

Felder der Einbürgerung

In die Familien, die Wohngemeinschaften und die Nachbarschaften kann und soll der Staat nicht hineinregieren, das wäre nicht im Sinn einer freiheitlichen politischen Ordnung. Die Älteren in der Bevölkerung haben ja die Blockwarte und Ortsgruppenleiter der NS-Zeit noch in übler Erinnerung, die alle Sozialkreise, auch die kleinsten, überwachten. Indes: Der Staat – oder besser die Zivilgesellschaft – kann spontane Begegnungen auf der nachbarschaftlichen Ebene, im Haus, auf der Straße, in Horten, Kindergärten, Schulen, Kirchen, Sportvereinen, unterstützen und fördern. Hier, im privaten und zivilen Rahmen, müssen sich die Gewohnheiten und Regeln des sozialen Umganges bilden und festigen: dass man einander grüßt, dass man sich den wechselseitigen Händedruck nicht verweigert, dass man miteinander spricht, dass man sich im Alltag auf eine Weise bewegt und verhält, die alles Auftrumpfende, Abweisende, Provozierende vermeidet (etwa auch in der Kleidung!). Schon auf dieser

Ebene sollten Gleichgültigkeit, Stummheit, Misstrauen, feindliche Abgrenzung überwunden werden. Bürgerschaftliche Gemeinsamkeiten sollten hervortreten, und das ganz normale, selbstverständliche Zusammenleben sollte beiden Gruppen, den Alteingesessenen wie den Zuwanderern, immer als Ziel vor Augen stehen.

Das setzt freilich voraus, dass sich Familien und Nachbarschaften grundsätzlich aus mündigen, für ihre Taten verantwortlichen Menschen zusammensetzen. Wie aber, wenn ein Teil dieser Menschen in Verhältnissen lebt, in denen Familien- und Sippenkollektive dominieren, in denen es ein vom Familienverband losgelöstes Ich gar nicht gibt? Solche Fälle sind nicht nur aus muslimischen Familien bekannt – gegenwärtig ist die Familie Sürücü aus dem Berliner Ehrenmordprozess in aller Munde –, Ghattobildung und Rückzug ins Kollektive kennt man auch aus vielen Aussiedlergruppen. Ein Beispiel: Im niederbayerischen Dingolfing leben mehr als 4000 Russlanddeutsche. Das sind zweiundzwanzig Prozent der dortigen Bevölkerung. Die meisten wohnen im Stadtteil Höll-Ost. Anfangs waren hier auch noch Deutsche ansässig, doch zogen die mit der Zeit alle weg. „Die Kinder“, berichtet der Landrat, „sollten plötzlich Schutzgelder zahlen und Wegzölle, da hat sich keiner mehr sicher gefühlt.“ Nun sind die Russlanddeutschen unter sich. Integration findet nicht statt. Sie ist auch nicht mehr nötig, denn die entstandene Parallelgesellschaft genügt sich selbst (*Süddeutsche Zeitung* vom 24. April 2006).

Verständigung als Aufgabe

Können Horte, Kindergärten, Kindertagesstätten dieses an vielen Orten zu beobachtende Dilemma auflösen? Offenbar nur dann, wenn zwei Bedingungen gegeben sind: dass ihr Einzugsgebiet über die Grenzen der potenziellen Parallelgesell-

schaften hinausreicht, also Alt- und Neubürger erreicht, und dass sich zur Verständigung zwischen Erziehern und Kindern eine Sprache – oder wenigstens ein sprachähnliches Verständigungsmittel – findet. Etwa drei Viertel der Kindergärten in Deutschland sind in kirchlicher – evangelischer und katholischer – Trägerschaft. In Ballungsgebieten bilden nicht selten Kinder islamischer Eltern in diesen Kindergärten die Hauptgruppe, so zum Beispiel in Kindergärten in München-Schwabing, in denen der Anteil muslimischer Kinder sogar über fünfzig Prozent beträgt – davon nur ein geringer Teil mit Deutschkenntnissen. Was tun Erzieher in solchen Fällen? Ist gemeinsames Sprechen, wechselseitiges Erzählen möglich? Oder muss man sich auf die Gebärdensprache, auf einfache Spiele ohne komplizierte Regeln beschränken? Was tut man, wenn muslimische Eltern Einspruch erheben gegen gemeinsame Gebete mit Christenkindern? Wie reagiert man, wenn muslimische Familien gegen die im Kindergarten praktizierte Gleichbehandlung von Buben und Mädchen mit häuslichen Sanktionen gegen die Mädchen antworten, wie es leider nicht ganz selten geschieht?

Die Probleme der vorschulischen Erziehung kehren gehäuft in der Schule wieder. Noch immer ist unser Bildungswesen, vor allem unsere Grundschulen, darauf eingestellt, dass die Schüler aus einem Elternhaus mit Deutsch als Muttersprache kommen. Das gilt sinngemäß auch für die anderen Staaten der Europäischen Union: Sie rechnen mit Kindern, die schon Französisch, Spanisch, Finnisch, Englisch sprechen, sobald sie eingeschult werden. Nirgends in Europa ist die Grundschule eine Sprachenschule. Überall rechnet sie – in der Tradition des Nationalstaates – mit der Gleichung „Muttersprache im Elternhaus = muttersprachliche Schule“. Das entspricht jedoch in vielen Fällen längst nicht mehr

der Realität. Vielmehr haben es die nationalen Bildungssysteme seit langem mit einer Vielzahl neuer Sprachen, neuer Sprecher zu tun, die Einlass in die alten lingualen Monokulturen verlangen – und diese Tendenz dürfte sich mit der EU-Erweiterung, mit der wachsenden Mobilität der Menschen und der Dienstleistungen in den nächsten Jahren noch verstärken.

Es ist nicht zu erwarten, dass in Deutschland das Türkische (oder Persische, Arabische) der Einwanderer oder das Russische der Aussiedler zur Zweitsprache wird – den Platz der Zweitsprache hält bereits das Englische besetzt, und dabei dürfte es auch in den kommenden Jahren bleiben. Die Erstsprache wird in absehbarer Zeit Deutsch sein und bleiben. Aber man sollte sich darüber Rechenschaft geben, dass Deutsch nicht mehr an allen Orten „von selbst“ den Weg in die Kindergärten, Schulen und Betriebe findet. So bedarf es hier verstärkter Angebote von Deutschkursen für Migranten und Aussiedler, die, wenn es um den Erwerb der Staatsbürgerschaft geht, verpflichtenden Charakter haben müssen. Denn ohne die Kommunikation in der landesüblichen Sprache sind Chancen auf dem Arbeitsmarkt, beruflicher Erfolg und dauerhafte Integration nun einmal nicht zu haben – nicht in Deutschland, schon gar nicht in anderen Staaten.

„Deutsch als Fremdsprache“

Die Länder der Bundesrepublik Deutschland haben diesen Weg vermehrter Sprachangebote bereits seit Jahren beschritten, vor allem im Zusammenhang mit der Neufassung des Staatsbürgerschafts- und des Zuwanderungsrechtes. Der Erfolg lässt freilich bisher sehr zu wünschen übrig. Von 17 482 Ausländern waren im vergangenen Jahr nur 12 151 erfolgreich – eine viel zu niedrige Quote, wie bereits SPD- und Unionssprecher in Berlin übereinstimmend feststellten. Die jüngsten Ereignisse und die sich an sie an-

schließende Diskussion zwingen zur Intensivierung und zugleich zur Differenzierung dieser Bemühungen. Allen ist bewusst geworden, wie sehr die allseits geforderte Integration noch in den Kinderschuhen steckt. Sprachpolitik in enger Verbindung mit Schulpolitik und Sozialpolitik darf daher in Deutschland kein Tabu-Thema mehr sein.

Man muss sich klar machen, dass die Zahl derer, die Deutsch als Fremdsprache lernen, in unserem Land zunehmen wird, während die Zahl derer, die Deutsch aus dem Elternhaus mitbringen, abnehmen wird. Geburtenrückgang und Migration als Doppel- und Dauererscheinung haben unvermeidlich auch sprachliche Folgen. Harald Weinrich und seine Mitarbeiter haben deshalb schon in den späten siebziger Jahren das Fach „Deutsch als Fremdsprache“ konzipiert, das nach erfolgreichem Start in München inzwischen an allen Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland mit Lehrstühlen vertreten ist. Es geht hier um einen neuen, einen doppelten Blick auf unsere Sprache: Deutsch von vorn und vom Rücken her gesehen. Diese doppelte Perspektive muss sich in Kindergärten, Schulen und Berufsausbildung verbreiten und durchsetzen, wozu wohl Jahre nötig sind – eine nicht einfache Aufgabe, mental wie praktisch, für Erzieher, Lehrer und politisch Verantwortliche.

Staatsbürgerliche Referenzen

Über staatsbürgerliche Tests, Fragebogen, Prüfungen und Begleitgespräche bei der Einbürgerung ist den letzten Monaten ausgiebig diskutiert worden. Viele Vorschläge sind gemacht worden – einige sind beachtlich und bedenkenswert. Das Ziel ist klar: Man will ein wenig deutlicher sehen, was den Staatsbürger ausmacht, und nicht in allem nach dem Hörensagen entscheiden. Sprachkenntnisse sollen geprüft, Rechtstreue soll bestätigt werden. Die Verleihung der Staatsbür-

gerschaft soll kein formloser Akt sein. Doch das kann die jahrelangen Rückzugsgefechte im schulischen, betrieblichen, staatsbürgerlichen Feld nicht mit einem Federstrich kompensieren. Wer sich, wie der Bundesgesetzgeber (und die Mehrzahl der ausführenden Länder), jahrzehntelang mit der bloßen Versicherung begnügt hat, dass die Einzubürgern den die deutsche Sprache beherrschen und dem Grundgesetz zustimmen, ohne dass die Probe aufs Exempel gemacht wurde (etwa durch Sprachprüfungen oder durch einen Eid auf die Verfassung), der tut sich mit Verschärfungen schwer. Es besteht die Gefahr, dass das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt wird: Nachgereichte Wissenstests, nachgereichte Loyalitätserklärungen genügen nicht, wenn sich nicht zuvor ein Minimum staatsbürgerlicher Gemeinsamkeiten zwischen Alt- und Neubürgern entwickelt hat, wenn beide nach wie vor, zumindest in Teilen, in unverbundenen „parallelen Welten“ leben.

Im Übrigen zeigen die baden-württembergischen und die hessischen Vorschläge – und darin sind sie wirklich hilfreich –, worin die Grenzen solcher Fragebogen liegen. Dringt der baden-württembergische Fragenkatalog bohrend ins Innere der Befragten ein, ein wenig wie ein pietistischer Beichtspiegel, so schweift der hessische Fragebogen fröhlich-wissensselig in die Weiten von Verfassung und Geschichte – mit dem Risiko freilich, dass am Ende auch viele Deutsche diesen Test verfehlen könnten und am Ende vielleicht sogar um ihre eigene Staatsbürgerschaft zu bangen hätten, wäre diese nicht schon in den meisten Fällen von Geburt ihr Eigentum.

Kein Zweifel: Beiden Fragebogen kann man neben problematischen Formulierungen auch vieles Unstrittige und Nützliche entnehmen. Man sollte die Fragen daher einem nationalen Lern- und Testbuch zur politischen Bildung – ähnlich

dem von Bernard Crick für Großbritannien geschaffenen – einverleiben. Politische Bildung ist in der Tat für Alt- und Neubürger in Deutschland ein dringendes Desiderat. Umso unverständlicher, dass ihre Mittel in den letzten Jahren fast in allen Ländern erheblich gekürzt wurden.

Aber politische Bildung, politisches Wissen kann nur ein – höchst notwendiger – Teil der Prüfung der staatsbürgerlichen Referenzen sein; den anderen Teil muss das Leben, die praktische Erfahrung schreiben. Und was es damit auf sich hat, kann eher ein Gespräch als ein Fragebogen erkunden. Dieses Gespräch wird den Akzent auf die zentrale Frage legen, seit wann und auf welche Weise sich die Bewerber um praktische Integration bemüht haben und wie sie das im Einzelnen dokumentieren können. Im Übrigen sollte man im Auge behalten, dass jede Einbürgerung einen Fortschritt gegenüber der Verfestigung von Parallelgesellschaften darstellt – die Einbürgerung ist also nach wie vor anzustreben, im Sinne der jüngsten Diskussionen zu vertiefen und für die Zukunft nicht unnötig stark zu erschweren.

Bedingungen des Zusammenlebens

Mit Forderungskatalogen an die Einbürgernden sollte man behutsam und ökonomisch umgehen. Umso genauer sollte man die Lebenswirklichkeit berücksichtigen: Familien, Schulen, Betriebe, das soziale Leben, das bürgerschaftliche Engagement. Damit Integration gelingt, bedarf es weniger, aber zentraler Bedingungen. Sie sollten bundeseinheitlich festgelegt und beachtet werden.

Vier solcher Bedingungen sind notwendig, ja für das Zusammenleben unentbehrlich:

Erstens: die Beachtung des staatlichen Gewaltmonopols, also der Ausschluss von Gewalt und Selbsthilfe. Plakativ ge-

sprochen: Die deutsche Rechtsordnung gilt für Alt- und Neubürger. Die Prägung eines Täters durch die Vorstellungswelt eines anderen Kulturkreises hat demgegenüber zurückzustehen. So kann beispielsweise die „Ehre“ eines Kollektivs keinen Vorrang haben vor den elementaren Rechten des Individuums. „Ehrenmörder“ können vor deutschen Gerichten auf keinen Kulturbonus hoffen.

Zweitens: die Anerkennung der Religionsfreiheit, konkret der Verzicht auf die gewaltsame Durchsetzung der eigenen Religion im familiären und gesellschaftlichen Umkreis. Das Problem ist jüngst durch den Fall Abdul Rahman, einen in Deutschland zum Christentum konvertierten Afghanen, dem in Afghanistan die Todesstrafe drohte, in ein grelles Licht gesetzt worden. Einbürgerungswillige Muslime dürfen ihre religionsmündigen Söhne und Töchter auf keinen Fall am Übertritt zu anderen Religionen hindern. Die Todesstrafe für Apostasie nach Scharia-Recht ist für Deutschland und generell für Rechtsstaaten, die die Menschenrechte achten, indiskutabel.

Drittens: die Gleichberechtigung (und Gleichachtung) der Geschlechter. Sie ist im Integrationsalltag eine überaus wichtige, in keinem Fall abzuschwächende Forderung. Die Realisierung ist, wie bekannt, überaus schwierig. Viele Migrantinnen, vor allem die auf 10 000 Personen jährlich geschätzten „Import-Bräute“ (man verzeihe das uncharmant, aber leider treffende Wort), führen buchstäblich ein Leben im Dunkeln: Ohne soziales Netz (wie in der früheren Heimat), unzureichend mit Deutschkenntnissen ausgestattet, werden sie weder von ihren schulisch besser integrierten Kindern noch von der deutschen Gesellschaft ernst genommen und gestützt. Während ihre Männer, soweit nicht arbeitslos, in der Arbeitswelt leben, sind sie sozial weitgehend isoliert. Eine Kennerin, Christiane Aschoff-Ghyczy, fragt mit Recht: „Wer

hat überhaupt Zugang zu der schweigenden Mehrheit dieser bildungsfernen Migranteninnen der ersten Generation, um ehrliche Antworten auf Interviewfragen zu erhalten?“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. März 2006).

Viertens: die Kenntnis der deutschen Sprache und der in der Sprache aufbewahrten Geschichte und Kultur des Gastlandes. Hier geht es nicht nur um das Funktionelle und Praktische, um den notwendigen Dienst der Sprache als Verständigungsmittel – es geht auch um eine je nach Lage, Begabung und Neigung sicher unterschiedlich intensive Nähe zur umgebenden deutschen Kultur. Richard Schröder hat das kürzlich am Interesse eines libanesischen Taxifahrers in Berlin an deutschen Straßennamen (Bachstraße, Händelstraße) festgemacht und daran die Feststellung geknüpft: „Wer mit den Namen der wichtigsten Straßen und Plätze in unseren Städten etwas verbinden kann, kennt sich in der deutschen Kultur ganz gut aus“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. April 2006). Vielleicht wird er sich sogar eines Tages für die deutsche Kultur im Ganzen interessieren, von Gutenberg bis Goethe, vom Allgemeinen Landrecht bis zum Sozialstaat, vom „Lied“ bis zum „Kindergarten“, von Grünewald bis zu den Expressionisten und den „Neuen Wilden“ unserer Gegenwart.

Wortstreitigkeiten

Ist das alles nun Teil einer „deutschen Leitkultur“ – oder ist es eher ein Ausdruck für den zivilisatorischen Standard, den Europa, der Westen, die heutige globalisierte Welt verkörpern? Es ist beides;

und so wollen wir den Streit um das Wort Leitkultur getrost denen überlassen, die ihn seit Monaten mit unerschöpflichem Eifer führen.

In Deutschland streitet man gern um Worte, wenn man sich an eine Sache nicht herantraut oder vor ihr ausweichen will. Das Wort Leitkultur, seitdem es Bassam Tibi erfunden und popularisiert hat, ist ein solches Streitwort; es weckt immer wieder erstaunliche Emotionen: Sind die einen versucht, das Wort fast zu küssen, ehe sie es aussprechen, so wollen die anderen nie und nirgendwo in seiner Begleitung auf der Straße angetroffen werden. Es ist ein Streit um Worte, der höchst unnötigerweise Kräfte verschleudert und Energien bindet.

Theo Sommer, Herausgeber der *ZEIT*, schrieb 1998: „Ein Deutschland, das aus lauter Ghettos besteht, ein paar für Türken, ein paar für Griechen, ein Dutzend für die Deutschen – das kann nicht Ziel sein. Die Vielfalt hat sich in der Einheit zu bewähren. Integration bedeutet zwangsläufig ein gutes Stück Assimilierung an die deutsche Leitkultur und deren Kernwerte.“ Das ist kernig formuliert. Es würde vermutlich schon genügen, dass die erwähnten vier Forderungen anschlussfähig sind an europäische, westliche, universelle Werte.

Von der französischen *tournure* – der gallischen „Leitkultur“ seiner Zeit – sagte Goethe 1821, sie sei „eine zur Anmut gemilderte Anmaßung“. Es bleibt zu hoffen, dass das heutige Deutschland genug Anmut hat, um ohne Anmaßung geltend zu machen, was dringlich ist.

Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, gehalten am 3. Mai 2006 im Haus der Geschichte.